

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.  
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

## Berliner Organ

## der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Sonntag, den 28. Dezember 1918

Nummer 78

### Der entscheidende Tag.

Heute findet die Sitzung des Zentralrats statt, in der sich das Geschick der Regierung erfüllen wird. Es ist anzunehmen, daß die Entscheidung erst nach längeren Beratungen in den späten Abendstunden erfolgen wird.

Von dem Beschluß des Zentralrats hängt viel ab. Dast er die rechtssozialistischen Mitglieder der Regierung bei einer Sandlung, die nicht zu decken ist, entscheidet er nicht gemäß den Interessen der Revolution und des Sozialismus, sondern nach fraktionellen und persönlichen Gesichtspunkten, so mag die Regierungskrise eine vorläufige Lösung finden, aber nur um den zu hohen Preis einer dauernden Krise des Sozialismus selbst. Denn das kann keinem Zweifel unterliegen: wenn die Zusammenarbeit der proletarischen Massen, die hinter den beiden Parteien stehen, aufhört, wenn an deren Stelle Gegeneinanderarbeit tritt, die Basis der sozialistischen Regierung verengert und erschüttert wird, ist die Gesamtposition des Proletariats geschwächt.

Dazu kommt, daß die Rechtssozialisten die Politik, die so verderblich war, jetzt ohne Hemmungen aufnehmen werden, die Politik, die Anstoß an bürgerliche Parteien sucht, die nicht die reinen Prinzipien des Sozialismus vertritt, sondern die von Tag zu Tag nach der Gelegenheit der Augenblicksinteressen lebend, um ein Dinstengericht das Erstgeburtstod opfert.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat sich dieser Entwicklung mit aller Kraft entgegenzustellen. Nicht ihre Schuld ist es, wenn sie sich nicht wird aufhalten lassen.

Der Grund liegt in letzter Instanz in dem nicht revolutionären und nicht sozialistischen Geist, der die Führer der Rechtssozialisten zum großen Teil erfüllt und von dem sie sich nicht befreien können.

Sie haben an die Revolution nicht geglaubt, sie bis zur letzten Stunde zu verhindern gesucht. Nun, da sie da ist, sie ihre Ruhnieder geworden sind, kann ihnen die revolutionäre Entwicklung nicht rasch genug zum Abschluß gebracht werden. Die Methoden, die sie dabei anwenden, sind dieselben, die das alte System auch anwenden würde. Während die revolutionäre Phase, in der wir uns befinden, die sorgsamste Rücksicht auf die Massenstimmung erfordert, während jedes Handeln die ruhigste Ueberlegung verlangt, man sich bei jedem Schritt die Folgen vergegenwärtigen und alles Gewalttätige ausschließen muß, weil nur vertrauensvolle Verhandlungen und moralische Einwirkung zum Ziele führen können, haben die rechtssozialistischen Führer sich selbst und einen Teil der Bevölkerung durch Vanitüm und Spartaßbege immer mehr in eine Stimmung verkehrt, in der die Gewaltanwendung als das einzige Mittel erscheint.

Deshalb haben die rechtssozialistischen Führer immer gehemmt und gehögert, obwohl die revolutionäre Situation energisches Vorwärtstreiben verlangt. Sie bestanden auf der möglichst ausgedehnten Beranziehung der Bürgerlichen zu den obersten Regierungsstellen; sie verhinderten jede energische Reform im Auswärtigen Amt; sie dachten bei jedem Schritt vor allem daran, ob die Verbindung mit den bürgerlichen Parteien nicht zerrissen werde. Vor allem aber hat der Gedanke an die Gewaltanwendung sie zurückschrecken lassen vor jedem entscheidenden Schritt gegen den Militarismus, soweit es von ihnen abhing.

Der Räte-Kongreß hat einstimmig die Soldatenforderungen gebilligt. Die Oberste Heeresleitung hat gegen die Ausföhrung Widerspruch erhoben. Die rechtssozialistischen Regierungsmittelglieder wollen vor diesem Protest zurückweichen, weil sie daran denken, die Hilfe des Militärs gegebenenfalls in Anspruch zu nehmen.

Die Heeresleitung will nicht vollständig demobilisieren, sondern zwei Jahrgänge unter den Waffen behalten; ein Friedensheer soll also wie früher und in derselben Art bestehen bleiben. Eine unannehmbare Forderung. Die rechtssozialistischen Führer wollen aber auch auf dieses Verlangen eingehen, wieder, um gegebenenfalls eine bewaffnete Macht zur Verfügung zu haben, während sie der Ansicht sind, daß eine neue republikanische Armee, die sich ihre Führer selbst gibt, allein als Sicherheitsarmee verwendet werden darf.

Der Geist, der stets zu gewaltsamen Lösungen bereit ist, hat dann schließlich an der Katastrophe geführt, hat in Berlin Straßenkämpfe veranlaßt, hat zu dem unachueerlichen Blutbad geführt.

Das ist eine Politik, die wir nicht mitmachen können, nicht mitmachen wollen. Sie trägt Zwietsch und Verwirrung in die Reihen des Proletariats, führt Soldaten gegen Soldaten, Arbeiter

gegen Arbeiter. Sie drängt die Sozialisten, die eine solche Politik mitmachen, avangläufig immer mehr an die Seite der Bourgeoisie, erregt die bestinsten Gegenbewegungen im Proletariat und muß schließlich die Gegenrevolution fördern.

Vielleicht begreift der „Vorwärts“, wie erbärmlich uns seine Versuche vorkommen, diese ernsten und wichtigen Angelegenheiten, von deren Entscheidung der künftige Verlauf und das Schicksal der sozialistischen Revolution abhängt, zu vertuschen und zu verdunkeln, indem er einen neuen Spartaßkampf anfängt.

Nein, es handelt sich jetzt nicht um einzelne Handstreiche, die, so bedauerlich sie sind, keinen Augenblick eine ernste Gefahr für die Revolution bedeuten. Es handelt sich darum, daß die große Partei der allen Sozialdemokratie eine Politik verleiht, die in ihren Folgen verderblich werden muß für die Sache der Revolution und des Sozialismus, genau so wie ihre Politik der Parteispaltung. Es handelt sich darum, daß die Massen, die hinter ihr stehen, mißbraucht werden sollen für eine Politik, die ihren Lebensinteressen

### Männer und Frauen der Arbeiterklasse!

Am Sonntag, den 29. Dezember, werden die Opfer des unwürdigen Anschlages auf die Volks-Marinedivision zu Grabe getragen.

Es ist die Pflicht der Arbeiterschaft, diesen Begräbniszug zu einer Aktion der Revolution und zu einem Protest gegen die Anstifter des Gemekels zu gestalten.

### Helden der Revolution,

Männer, deren Tatkraft das arbeitende Volk die Befreiung von der Schmach des militaristisch-imperialistischen Kaiserturns verdankt, sind von Verblendeten geopfert worden.

Der Rod des deutschen Soldaten war zum Knochtgewand erniedrigt. Die Taten revolutionärer Truppen in den großen Novembertagen haben den grauen Rod zum Ehrenkleid der Nation erhoben.

Das Aufgebot der Truppen des Generals Requis gegen die revolutionäre Volksmarinedivision hat neue Schuld auf die Armeegehäuft.

### Tilgt die Schande!

Genossinnen und Genossen! Tretet ein für die Matrosen, die das Leben einsetzten für eure Freiheit. Es gilt, die Ehre der Revolution zu wahren.

### Erscheint in Massen

in der Siegesallee. Demonstriert bei den marmornen Bildern einer grauen Vergangenheit für die Tathelden der revolutionären Gegenwart, für eine lichte Zukunft.

widerspricht, weil sie die Einheit der proletarischen Kampffront sprengt, und ihre Kraft abdrängt von der Richtung gegen die Bourgeoisie, und sie gegen die anderen revolutionären Kräfte treibt. Die Demonstration, zu der die Rechtssozialisten aufrufen, soll ihren Führern das Vertrauen ausdrücken, in demselben Moment, in dem diese die Verantwortung für das vergossene Blut übernehmen müssen. Die Massen werden gerufen, nicht für den Sozialismus, nicht für die Revolution, sondern um die Verantwortlichen für das Blutbad zu decken. Sie werden gerufen zu einer Demonstration, die den Zwiespalt zwischen der Arbeiterschaft vertiefen und verschärfen muß und deshalb tödlich und verwerflich ist.

Die Gefahren einer solchen Politik sind so klar, daß man meinen sollte, daß alle Sozialisten sie erkennen und danach handeln müßten. Auf dem Zentralrat lastet die größte Verantwortung. Als Draußen der Revolution ist er eingelebt worden, von ihm hängt es ab, ob er als solches handeln will oder ob er die Revolution in die schwersten Gefahren Lürzen wird.

### Der Unbekannte.

Wir haben gestern darauf verwiesen, daß der „Matrosenführer“, der angeblich Ebert gemeldet habe, er könne für das Leben von Wels nicht mehr einstehen, ungenannt gelassen sei. Dem Wolff-Bureau geht von „beteiligter Seite“ nun folgende Mitteilung zu:

Der Führer ist Kadke. Von ihm als dem Verantwortlichen im Schloß kam die Mitteilung, die noch mit sehr viel anderen Einzelheiten verbunden war. So sagte Kadke, bei dem Versuch, Wels von einem Zimmer in das andere zu bringen, sei nicht nur dieser von den Matrosen beinahe umgebracht worden, sondern er selbst habe sich bei seinen Bemühungen, Wels zu schützen, in Lebensgefahr begeben. Diese Erklärung wird auch der „Freiheit“ gemeldet. Damit erübrigte sich ihre weiteren Bemerkungen, Ebert und die anderen hätten nicht einmal den Versuch gemacht, sich über die Wahrheit der Meldung Gewißheit zu verschaffen. Was von der Behauptung der „Freiheit“: „Wels wurde er (Wels) in einem wohnlichen Zimmer gelassen, sein Leben war nicht bedroht,“ zu halten ist, erhellt aus dem Bericht von Wels über seine Ergebnisse.

Dazu teilt uns Genosse Kadke mit:

Ich war gegen 2 Uhr früh im Schloß. Die Matrosen waren sehr erregt und wollten Wels nicht freilassen. Ich erkannte, daß momentan nichts zu machen sei, war aber überzeugt, daß nach einigen Stunden die Freilassung von uns durchgesetzt werden konnte. Ich begab mich daher auf die Kommandantur und setzte den Leutnant Fischer die Situation auseinander. Fischer fragte, ob ich das Leben von Wels für bedroht halte. Ich erwiderte, ich glaube nicht, daß das der Fall sei. Darauf meinte Fischer, gut, dann bleibt Wels über Nacht im Schloß. Ich kehrte zurück, sprach nochmals mit den Matrosen und erklärte ihnen, daß Wels nicht mehr verhaftet sei, aber im Schloß in Schutzhaft bleiben werde. Kurz darauf — gegen 4 Uhr früh — wurde ich von der Reichskriegsmarine angerufen. Ich erklärte im Wesentlichen dasselbe, was ich Leutnant Fischer erklärt hatte. Ich habe keine Hilfe verlangt, habe auch keine Befürchtung geäußert, daß Wels totgeschlagen werden könne.

Soweit Kadke. Auch hier stellt es sich heraus, wie unbesonnen diejenigen handelten, die die Truppen auf eine, offenbar mißverständliche oder allenfalls undeutliche telephonische Meldung hin alarmierten.

Abgesehen davon, war es aber das denkbar schlechteste Mittel, Wels zu schützen, indem man die Truppen zum Angriff kommandierte, denn gerade das mußte ja die Wut der Matrosen gegen Wels aufs äußerste anfeuern. Zudem durfte man dann nicht ein unannehmbares Ultimatum stellen, sondern hätte, nachdem man schon das allein Vernünftige und Zweckmäßige, nämlich Verhandlungen unterlassen hatte, die Freigabe des Wels als einzige Forderung aufstellen müssen.

### Eine Darstellung von Wels.

Wels gibt über die Vorfälle eine längere Darstellung, an deren Schluß er mitteilt:

Von den Verhandlungen und dem Todesurteil will ich nicht reden. Ich wurde in verschiedene Quartiere gebracht, schließlich erschien der Führer der Matrosen, Kadke, und erklärte, daß der engere Ausschuß beschlossen habe, mich nicht als Arrachanten zu betrachten, sondern ich sei nur zu meiner eigenen Sicherheit in Schutzhaft.

Man brachte mich in die Besatzkammer, wo bald darauf Matrosen erschienen mit einem Führer, welcher Kadke und Hillbrandt zuschrie, sie sollten Wels nicht entweichen lassen. Er kündete dafür, daß Wels lebend nicht mehr rausläufe. Er schloß ihm sonst selbst eine Angel durch den Kopf. Kadke wurde selbst täglich bedroht und mußte das Zimmer verlassen. Man führte mich dann in einen Verschlag und stellte mir mit, daß ich mit meinem Leben absufächeln hätte. Einen der Leiter des Sicherheitsdienstes, Herrn Reich, habe ich persönlich erkannt. An der ganzen Aktion nahmen neben Matrosen zahlreiche Sicherheitsmannschaften des Polizeipräsidiums teil.

Dazu können wir mitteilen, daß Kadke Wels sagte, er sei nicht mehr verhaftet, er könne ja hinausgehen, aber Kadke könne dafür im gegenwärtigen Moment keine Verantwortung übernehmen, worauf Wels erklärte, er bleibe dann hier. Von einer tätlichen Bedrohung Kadkes könne nicht gesprochen werden, es seien ihm nur heftige Worte gemacht worden. Von den Szenen, die Wels dann schildert, ist Kadke nichts bekannt. Wichtig sei, daß die Erregung gegen Wels sehr stark war, da ja die Matrosen über die Entscheidung ihrer Kameraden äußert erbittert waren. Diese Erbitterung machte sich auch in Drohungen gegen Wels Luft.

## Erfreuliche Vereinbarungen.

Berlin, 27. Dezember. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Am 23., 24. und 25. Dezember verhandelte eine deutsche wirtschaftliche Delegation unter der Leitung des Staatssekretärs Dr. August Müller mit einer französischen Delegation über Fragen, die in erster Linie die Wiederherstellung des Verkehrs zwischen den nichtbesetzten und den besetzten Gebieten Deutschlands betrafen.

Das Ergebnis der Verhandlungen läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Deutschland verpflichtet sich, bis zum Ende des Waffenstillstandes dieselben Lieferungen an Kohle, Koble, Manganerz und Schrott in die besetzten Gebiete gelangen zu lassen, die es während des dritten Quartals 1918 dorthin gesandt hat.
2. Deutschland verpflichtet sich, bis zum Ende des Waffenstillstandes nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß denjenigen Fabriken des besetzten Gebietes, welche deutsche Maschinen benutzen, die benötigten Maschinen und Ersatzteile geliefert werden.
3. Die Alliierten erklären, daß sie nicht die Absicht haben, den Verkehr zwischen den linksrheinischen und rechtsrheinischen deutschen Gebieten systematisch zu unterbinden. Sie nehmen ferner davon Kenntnis, daß Deutschland sich zu den oben erwähnten Leistungen nur unter der Bedingung verpflichten kann, daß nicht innere deutsche Verhältnisse (Transportlage, Arbeiterfrage, Streiks, sinkende Arbeitsleistungen, höhere Gewalt) die Lieferungsleistung unerfüllbar gestalten.
4. Die Alliierten nehmen ferner Kenntnis von der deutschen Erklärung, daß die deutscherseits zugeleiteten Leistungen nur unter der Voraussetzung möglich sind, daß auch gewisse Lieferungen, vor allem an Koble, Mangan und Minette, aus den besetzten Gebieten (was Minette anbelangt, auch aus Frankreich und Luxemburg) nach Deutschland gelangen.
5. Seitens der Alliierten wird ein Kommissar ernannt, welcher sowohl die Frage der Möglichkeit der deutschen Leistungen, als auch die Frage der Zufuhr linksrheinischer Rohstoffe nach dem rechtsrheinischen Gebiet im Einvernehmen mit den deutschen Behörden prüfen soll. Die Entscheidungen werden dem Oberkommando der Alliierten vorbehalten. Es wird indessen ausgemacht, daß die deutscherseits geltend gemachten Gesichtspunkte in weitestmöglicher Weise geprüft und daß die sich ergebenden Fragen, soweit die Interessen der Alliierten dies gestatten, nach Möglichkeit wohlwollend geregelt werden sollen.

Die gesamte Abmachung ist unter der Voraussetzung getroffen worden, daß durch die Maßnahmen der Alliierten ein Zustand geschaffen wird, welcher zwischen den besetzten und den unbesetzten Gebieten eine Verkehrs-möglichkeit herstellt, wie sie zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in beiden Gebieten notwendig ist.

Nachdem diese Vereinbarung getroffen war, gab die französische Delegation bekannt, es seien bereits Anordnungen getroffen, um die Zufuhr von Braunkohle und Braunkohle-Briketts aus den linksrheinischen Bezirken an die rechtsrheinischen Verbraucher in die Wege zu leiten, und es werde ferner Sorge getragen, Saar-Kohlen zum Zwecke der Gasherstellung nach Süddeutschland gelangen zu lassen.

## Das Zentrum und die Republik Oberschlesien.

Das schlesische Zentrum wehrt sich energisch gegen den Vorwurf, es arbeite auf die Gründung einer selbständigen Oberschlesischen Republik hin. Der dafür werdende Aufruf, der vor einiger Zeit so großes Aufsehen erregte, habe den ober-schlesischen Zentrumsorganen nur als Flugblatt beigelegt, sei aber nicht von ihnen reaktionell gebracht worden. Da-

zu bemerkt jetzt eine Zuschrift aus Oberschlesien, die von der „Deutschen Tageszeitung“ wiedergegeben wird:

„Nun war aber dieses „Flugblatt“, das einen ganzen Bogen Text ausmachte, äußerlich vom übrigen Teile der Zeitungen nicht zu unterscheiden, der abnungswise Leser mußte also annehmen, daß es von seinem eigenen Organe selbst herausgegeben worden sei. Einzelne aber wissen, daß die wirklichen Urheber in Gletwisch sitzen, und daß sie mit der Zentrumspartei, oder, wie sie sich in Oberschlesien nennt, der katholischen Volkspartei in außerordentlich engen Beziehungen stehen. Ob also dieses verwerfliche Abstreiten der katholischen Presse den Zweck erreichte, den es verfolgte, ist sehr fraglich, um so mehr, als die Idee, seit sie aufgetaucht ist, in ganz Oberschlesien, besonders aber bei den Anhängern der katholischen Volkspartei reichlich schnell Boden gewonnen hat.“

Das heftige Abstreiten dürfte also nicht so tragisch zu nehmen sein. Man wird daran festhalten haben, daß wenigstens sehr erhebliche Kreise im schlesischen Zentrum mit dem hochverräterischen Gedanken spielen, Teile der Provinz Schlesien von Deutschland abzulösen und unter dem Patronat der Entente und der Tschechen zu einer „selbständigen“ Republik zu machen.

## Die katholischen Lehrer und die geistliche Schulaufsicht.

Während noch kürzlich ein Aufruf der katholischen Bischöfe durch die Presse ging, in dem es hieß, daß es den katholischen Geistlichen unmöglich sei, auf auch nur eines ihrer augenblicklichen Rechte zu verzichten, da ihnen diese von Gott gegeben seien, heißt es in einem von der „Germania“ in Nummer 801 vom 25. Dezember veröffentlichten Rundbrief des katholischen Lehrerverbandes:

„Weiter tritt der Verband ein für Uebernahme der Schulkosten auf den Staat, Sachaufsicht, kollegiale Schulaufsicht, beratende Selbstverwaltungskörper im Schulwesen aus allen Erziehungssträßen des Volkes usw.“

Wie man sieht, Forderungen, die recht sehr im Gegensatz zu der Ansicht der hohen katholischen Geistlichkeit stehen, dafür aber den Vorzug haben, von allen modernen Pädagogen aufgestellt zu werden! Ramentlich das Verlangen nach der Sachaufsicht dürfte den geistlichen Ortschulbehörden nicht allzu angenehm sein.

## Sehnsucht.

„Nur wer die Sehnsucht kennt, weiß, was ich leide“ — so etwa hätte der konservative Geschichtsprofessor Dr. Theodor Schiemann seinen Appell überschreiben können, den er als „Offenen Brief an den Volksbaustragen Ebert“ in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlicht. Prof. Schiemann schämt sich des heutigen Deutschlands und spricht seine „lächerlichen Bedenken“ aus, welche die „Leitung der Revolutionsbewegung“ durch Ebert in ihm wachgerufen hat. Seine Wünsche ärgern in folgender Weise:

„Wir legen nach einem müßigen Wort unseren äußeren und inneren Feinden gegenüber, nach Enttarnung der Spartalustruppe, Bekämpfung von Diebstahl und der Rosa Luxemburg, die entweder ins Irrenhaus oder ins Zuchthaus gehören, nach Maßregeln gegen die räuberischen Wunden, die fast noch Kinder, ihr Gefolge bilden — kurz, nach mancher Tat an Stelle der Worte und Proben, die für urteillose Versammlungen, nicht für ernste Männer Klang und Wert haben.“

Wir meinen, daß die Sehnsucht Prof. Schiemanns ungestillt bleiben wird.

## Die Bildung selbständiger Gemeindebezirke.

Der Unterstaatssekretär im preussischen Ministerium des Innern, Hellmuth von Gerlach, schreibt in der „Demokratischen Korrespondenz“:

„Die „Demokratische Partekorrespondenz“ vom 20. d. M. lobt die mecklenburgische Regierung, weil sie die Bildung selbständiger Gemeindebezirke in die Wege geleitet und erklärt habe, selbständige Gutsbezirke sollten vermieden werden. Von Preußen wird dagegen behauptet, daß sich hier noch nichts ruge, und es wird die Frage aufgeworfen: „Wann wird Preußen folgen?“

Demgegenüber möchte ich festhalten, daß Preußen Mecklenburg nicht zu folgen braucht, sondern ihm bereits vorangegangen ist. Eine der ersten Handlungen des neuen preussischen Mi-

nisterns war des Innern war, die Abgabe der Gutsbezirke in Angriff zu nehmen. Es wurde demgemäß am 26. November ein Rundschreiben an sämtliche Regierungspräsidenten erlassen, das mit dem Satze beginnt: „Das Programm der neuen Regierung sieht die Auflösung der Gutsbezirke vor.“ In dem Rundschreiben werden die Behörden aufgefordert, den Plan zur Auflösung der Gutsbezirke aufzustellen.

Natürlich kann diese Maßregel nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Es handelt sich in Preußen um 14 000 Gutsbezirke. Bei jedem einzelnen muß geprüft werden, ob es zweckmäßig ist, ihn in eine selbständige Gemeinde zu verwandeln oder ihn einer benachbarten Gemeinde — und welcher — einzugeleihen. Gleichzeitig müssen die finanziellen Beziehungen bei der Neuordnung geregelt werden. Da es sich um eine grundlegende Neugestaltung des ganzen kommunalen Aufbaues Preußens handelt, darf das Gesetz nicht übereilt Anie gedrückt werden. Das Ministerium des Innern setzt jedoch alles daran, jede Verzögerung zu verhindern.“

## Ittes deutschen Gesandten in Bern.

Basel, 25. Dezember. Der deutsche Gesandte in Bern hat, nach einer Meldung der T. U., demissioniert. Der deutsche Generalkonsul in Basel wurde von seinem Posten abberufen.

## Der Münchener Arbeiterrat gegen die Gründung einer Bürgerwehr.

T. U. München, 28. Dezember. Der Münchener Arbeiterrat nahm gestern scharf gegen die geplante Gründung einer Bürgerwehr in München Stellung und forderte zum Schutze des Proletariats die Errichtung einer Arbeiterwehr.

## Einigungsverhandlungen im Ruhrrevier.

T. U. Essen, Ruhr, 28. Dezember. Der General-Soldatenrat Münster verhandelte gestern mit Vertretern der Bergarbeiterverbände und des Freiwortverbandes nochmals über die Streikfrage. Die Streikenden haben ihre Forderungen fallen gelassen und nur die Forderung auf Weihnachtsgulage aufrecht erhalten. Man hofft zur Verständigung zu kommen. Die Verhandlungen sollen heute mit dem Minister Strödel fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden.

## Kriegsbericht aus dem Osten.

Berlin, 27. Dezember. Wolmar mußte gegen Angriffe der Bolschewisten geräumt werden. Das in Dorpat abgeschüttelte Depoartement hat Chasitz halbwegs Bernau und Wolf erreicht.

Die längs der Düna vormalig stehenden Sowjettruppen wurden bei Rönnersdorf nordwestlich Friedriehstadt von uns zurückgeschlagen.

Volkswachen und ukrainische Republikaner, die sich unsern Militärposten widersetzen, wurden bei Luck von bayerischer Kavallerie, bei Raniemilge östlich Ravel von der 2. Eskadron Dragoner 23 angegriffen und zerstreut. Eisenbahntransportstrafen aus der Ukraine zur Zeit alle in Betrieb.

Aus dem Südoften sind neue Transporte in der Heimat angekommen.

## Für die Schutzhaftgefangenen.

Das geht folgender Aufruf zur Bildung eines Verbandes der Schutzhaftgefangenen mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

„Personen, die während des Krieges als politischen Gefangenen in Schutzhaft genommen worden sind, werden gebeten, einem der Unterzeichneten ihre Adresse einzufenden. Es handelt sich um die Bildung eines Verbandes der Schutzhaftgefangenen gemäß Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen den Staat oder einzelne Beamte wegen unrechtmäßig verhängter Schutzhaft oder unzureichender Maßnahmen gegen Schutzhaftgefangene und um Durchsetzung eines Gesetzes, welches derartige Schadenersatzansprüche in weiterem Umfang als die bisherige Gesetzgebung sicherstellt.“

Dr. Spuhl, Rechtsanwalt,  
Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 21,  
Rehm & Zell, Schriftf. der „Verteidigung“,  
Berlin NW 2, Schiffbauerdamm 10.

## Musikalische Abenteuer.

Von Friedrich Schwegel

III.

„Heute stellt sich jeder junge Mensch mit höchstens möglicher Figur vor ein Orchester und glaubt es zu leisten, wenn ihm nur der Grad gut fällt, wenn er die Einsätze nicht markiert und die Partitur zur rechten Zeit schwungvoll mit Dämmen und Zeigefinger umzuwenden versteht.“ So sagte mein Freund Felix, indem er den Rest aus der Tertiäre schlürfte und gelangweilt aufstand. „Sieh“, — er trat zur weißgeländchen Wand, wo das einzige Bild des Zimmers hing, eine Abbildung unter einer breiten Glasplatte — „Sieh, diesen Mann, der nun schon Jahre von der kalten Mauer da durch seine Brillengläser verhärtet und traurig herunterblickt und der heute nicht mehr unter uns ist: seit ich ihn nach jener „Reunten“ umarmen durfte und aus seiner Hand den steuren Stab empfing — du weißt, wie ich ihn vor jedermann beinahe eifersüchtig verberge! —; seitdem starrt mir jeder Dirigent unter das Rahm ausstrahlend wahren Erlebens hin.“ „Das ist gewagt“, sagte ich. „Solltest du seit jenem Abend wirklich wieder in ähnliche Begeisterung gerissen worden sein?“ Felix stand noch immer vor dem Bild. Kleine Frage machte ihn ein wenig betroffen. Ein Lächeln verzog seine schmalen Lippen. „Es hätte keinen Zweck“, sagte er, „zu leugnen, daß doch manches seitdem stark auf mich gewirkt; denn du selbst warst oft Zeuge, wie ich mich willig allem Schönen und Guten hingab und es froh empfing, wo ich es finden konnte. Und doch glaube ich, ist seit dieser edlen, leidenschaftlichen Mann von uns gegangen, mußte nie wieder so rein, so nur um ihrer selbst willen erlebt worden. Es gibt natürlich auch die wahlweise Geste; aber wir empfinden sie nicht als Geste, weil sie ganz in Eigenheit verbrannt und nur das äußere Bild mitfühlender Leidenschaft war. Die anderen aber streben zur Geste, hantieren sich von ihr zu befreien. Man möchte beinahe sagen: sie dirigieren für das Publikum und nicht für das Orchester.“ „Wahrhaftig! Und das Publikum, das sind Leute, die man wie im Theater Zuschauer und nicht Zuhörer nennen darf.“ Felix öffnete den Mügel, hob die Hand um sie auf die Lippen sinken zu lassen. Mitten in dieser Bewegung aber hielt er inne und fing an zu lachen an. „Sie leben mit den

Ohren und hören mit den Augen! Oft fragt man sich, warum diese Podiumsköche ihre Vorderseite nicht einfach ganz dem Publikum zugehren um sich so noch besser in seiner Gunst zu sonnen? Es ist bei vielen schon so weit!“ sagte ich. „Das bekannte Ins-Publikum-dirigieren. Da gibt es ausgesprochen photographische Momente: hocherbodener Stab in Halbprofil, daselbe in Ganzprofil; wie du weißt, unsere besten Dirigenten sind nicht frei davon.“ „Ja, nun haben wir. Das ist! An der schönen Geste, am Bild bleiben die meisten hängen. Gestreift davon werden irgendwie alle. Und deshalb mag das, was ich dirhin über jenen Abend sagte: wie durch sein Abenteuer mir alles Spätere verdunkelt worden sei, gar nicht so gewagt gemeint sein.“ „Wart du gehern im fünften Orchester?“ „Nein“, sagte ich. „Ich hab mich diesmal erlassen. Du weißt, daß ich regelmäßig über einer größeren Arbeit sitze, von der ich nur aufstehe, wenn etwas ganz Besonderes ruft.“ „Das macht weiter nichts“, sagte Felix, „es war der übliche Rittsch-Abend, Beethoven darob.“ „Coriolan“-Overtüre, G-Dur-Konzert und Pastorale.“ „Wer spielte das Konzert?“ „Wilhelm Kempp. Sehr, sehr brav.“ „Na, ich weiß. Ich habe von ihm auch Kompositionen gehört.“ „So? Ich nicht. Als Pianist jedenfalls hat er an dem Abend nur einen Anlauf genommen. Und nicht einmal einen besonders geläufigen. Der Anschlag hart, nach, resonanzlos; das Adagio verläuft sich überpoetisch. Im Forte will er mit Gewalt Hianisch sein; ihn dienen oder nicht Anstehen.“ „Man sollte über diesen Menschen doch nicht den Stab erheben! Bedenke, wie innig er ist! Wir wollen lieber warten!“ Du bist heute seltsam mit ihm. Um aber auf unser Thema zurückzukommen: selbst Rittsch würde, in ein veredelter Orchester nicht, viel von seiner Wirkung einbüßen.“ „Das würde wohl jeder!“ „Ohne Zweifel. Und ich muß sagen, daß ich die runde Geste trotz der Einwürfe, die mir dirhin erhoben, nicht missen möchte. Sie gibt mir viel. Ich halte nichts von veredelter Orchester.“

Es schlug sieben. Bängst war es dunkel geworden. Schwegel und Frau hina der Himmel nieder, durchs Fenster fiel der grüne Schein der Gaslaternen von der Straße. „Ich muß gehen“, sagte Felix und erhob sich. „Wir wollen morgen weiter sprechen.“

## Warum ich aus Deutschland g. u.

Von Georg Friedrich Nicolai

II.\*

Heute ist mehr als je das wohl geworden, was Schiller in einem seiner letzten und reifsten Gedichte als das Erhebendste in seinem Vaterlande ansah: „Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge.“

Gott sei dank ist es so — denn wenn es nicht so wäre, so hätte Deutschland damit, daß seine Regierung das Recht zu sein verweigert hat, sich ja selbst ausgestrichen aus der Reihe der Lebendigen.

Wenn also deutsche Kultur heilig ist, der verteidige diese nationale Kultur auch gegen das Imperium — auch gegen das politische Reich.

Dies sind die allgemeinen nationalen Bekümmernisse. Die es meiner Ueberzeugung nach jedem deutschen Staatsbürger auch während des Krieges erlauben, ja, wenn er auf den Namen eines guten Deutschen Anspruch macht, sogar gebieten, der heutigen Gewalttätigkeit entgegen zu treten.

Ich kann es heute begreifen — was ich bisher kaum konnte, — daß Schillers Teil den Fehler nicht darum erschirft, weil er das Volk bedrückte, sondern um des persönlichen Unrechts willen, das er erlitten. Denn auch mir ist es ähnlich ergangen, und erst die bittere Notwendigkeit, in legitimer Selbstverteidigung meine elementarsten staatsbürgerlichen Rechte zu wahren, hat mich aus meiner freiwillig erwählten Passivität heraus gerungen.

Gerade darum habe ich mir aber auch keinerlei Vorwürfe zu machen, und ebensowenig könnte irgend ein anderer mir das geringste vorwerfen; weder in menschlichem noch auch in juridischem Sinne. Meine Flucht war kein Rechtsbruch, sondern im Gegenteil der äußerste Versuch, gebrochenes Recht wieder herzustellen.

Um dies einwandfrei zu beweisen, habe ich nur die betreffenden Ergebnisse meiner vierjährigen Mühseligkeit kurz zu

\*) Vergl. auch Nr. 70 der „Freiheit“.

# Die Wilson-Konferenzen in London.

London, 27. Dezember. Das Reutersche Bureau ist er-  
klärt in erklären, daß die Konferenzen mit dem  
Präsidenten Wilson im Buckingham-Palast und  
im Downingstreet für beide Teile sehr befriedigend  
waren. Die Konferenzen waren auf Wilson, den  
Premierminister und Balfour beschränkt und  
dauerten zusammen fünf Stunden. Es wurde erklärt,  
daß sich die Besprechungen über ein sehr weites Gebiet er-  
streckten, und daß auch die 14 Punkte Wilsons  
erörtert wurden. Der Meinungsstand war ganz un-  
formell und hatte den Charakter einer offenen, persön-  
lichen Aussprache. Diese denkwürdigen Unterredungen  
werden von weitreichenden Folgen sein. Alle  
Staatsmänner, die daran teilnahmen, sprachen sich am  
Schluß der Konferenzen über das Ergebnis der Arbeit  
dieses Tages sehr befriedigt aus. Ein Staatsmann sagte,  
sie können ruhig sagen, daß keine ersten  
Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren.

# Die französischen Gewerkschaften für die Anerkennung der A- und S-Karte.

Genf, 28. Dezember. Die Verwaltungskommission des all-  
gemeinen Verbandes der französischen Gewerkschaften hat zu Weis-  
nachrichten eine Reihe beachtenswerter Beschlüsse gefaßt. Sie verur-  
teilte insbesondere jedes bewaffnete Eingreifen der  
Entente in die innere Entwicklung Rußlands und Deutsch-  
lands. Der allgemeine Ausschuß des französischen Gewerks-  
chaftsverbandes ist der Ansicht, daß die militärische Besetzung  
von Gebieten, die zum Bestand der deutschen Bundesstaaten ge-  
hören unter keinen Umständen ein Hindernis bilden darf, für die  
freie Ausübung des allgemeinen Stimmrechtes bei der Wahl der  
verfassunggebenden Versammlung, die der deutschen Revolution  
die letzte Umwälzung geben soll. Der Ausschuß erhebt ferner mit  
Kraft des Abkommens gegen die Auflösung der  
deutschen Arbeiter- und Soldatenräte durch  
die Ententeuppen in den besetzten Gebieten.  
Der Gewerkschaftsausschuß befaßt sich weiter mit dem An-  
schluß der elsaß-lothringischen Gewerkschaften an den  
französischen Verband. Die elsaß-lothringischen Ge-  
werkschaften hatten zu diesen Verhandlungen zwei Vertreter ent-  
sandt. Die Verhandlungen der Versammlung sollen am 8. Januar  
in einer Gewerkschaftskonferenz in Straßburg diskutiert werden,  
an der der Generalsekretär Torgny und der Führer der französi-  
schen Metallarbeiter Wertheim teilnehmen werden.

# Vom belgischen Sozialistenkongreß.

Brüssel, 27. Dezember. Der Weihnachtskongreß der bel-  
gischen Sozialisten hat eine Entschlieung angenommen, in  
der der Wunsch ausgesprochen wird, daß der Allgemeine Rat eine  
Zusammenkunft mit der Leitung der sozialisti-  
schen Arbeiterpartei von Holland und mit den  
kuramburialischen Sozialisten herbeiführen möge, um  
zu einer gemeinsamen parlamentarischen Aktion hinsichtlich der  
wirtschaftlichen Interessen Belgiens zu gelangen, die auf dem  
Friedenskongreß zur Sprache kommen werden.

# Parteitag der tschecho-slowakischen Sozial- demokratie.

Wien, 27. Dezember. Nach einer Meldung des Wiener Telegr-  
aphen-Bureaus aus Prag wurde heute der Parteitag der  
tschecho-slowakischen Sozialdemokraten eröffnet.  
Es waren auch Vertreter der Slowaken, Čechen aus Südböhmen  
und der Ukraine, der tschechische Sozialdemokrat Vitton, der  
polnische Sozialdemokrat Loszynski und ein Vertreter der jüdischen  
Sozialistenpartei erschienen. Abgeordneter Kemer eröffnete den  
Parteitag mit einer Rede, in der er sagte: Wir sind noch nicht  
am Ziel. Man wird noch den Kampf mit dem Kapitalis-  
mus austragen und vor den Arbeitern auf der Hut sein  
müssen. Wir wollen in Gemeinschaft mit den übrigen tschechischen  
Parteien der Erhaltung der tschecho-slowakischen  
Republik unser Ziel ist, in der demokratischen  
Republik alle Bedingungen für die Verwirklichung des  
Sozialismus zu schaffen. Auch unser Ziel ist es, daß das

schildern. Ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich dabei  
meine Person ungebührlich in den Vordergrund zu stellen  
scheine; aber — ich bin ja leider nur ein typischer Fall des gegen-  
wärtigen Regimes und darf daher wenigstens als solcher Teil-  
nahme an meinem Schicksal voraussetzen.

Ich bin Arzt und hatte daher das einzigartige Glück, bei  
Ausbruch des Krieges nicht unternehmen zu müssen; denn selbst der  
Verweigerung, der bis dahin nur auf Nordmethoden gedrillt  
war, nun aber erst wirklich läden soll, muß ich neu einrichten.  
Wir Ärzte aber fahren ganz einfach fort, Kranke zu heilen und  
zerbrochene Herzen zusammenzuflicken, und ist auch nach geltendem  
Kriegsgesetz der Feind kein Feind, sondern nur Objekt  
unserer Berufsarbeit. Für den Arzt existiert kein Krieg,  
braucht wenigstens kein Krieg zu existieren.

Daher konnte ich mich guten Gewissens freiwillig zur Ver-  
fügung stellen, obgleich meine Ansicht über den Krieg, dessen  
Methoden, Methoden und Ziele ich verworfe, vom ersten Tage  
an feststand.

Das tat ich denn auch sofort, nachdem ich aus Frankreich,  
wo mich bei Verfolgung von Berufsgefährten der Krieg über-  
wältigt hatte, zurückgekehrt war. Alle Welt riet mir ab, vor allem  
mein damaliger Chef, Geheimrat Fritz Kraus, machte mir  
immer wieder den Vorschlag, mich doch lieber, um allen möglichen  
Unbequemlichkeiten zu entgehen, für die Charité zu rekrutieren,  
denn sonst würde ich doch über kurz oder lang in unangenehme  
Konflikte kommen, da ich des Militärs nicht kenne und seine for-  
dernde Strenge unterschätze.

Er sollte Recht behalten; denn, wenn ich auch damals schon  
die Militärs wenig liebte, so überdachte ich sie doch noch möh-  
los; ich konnte mir nicht denken, daß sie einen Menschen, der  
ihnen seine Kraft selbstlos zur Verfügung stellte, quälen und ver-  
folgen würden, weil er über gewisse „sittliche und politische  
Grundsichtungen“ anders dachte als sie; ich wollte, daß es ge-  
nügen würde, seine Pflicht zu tun, um sich das beschränkte Maß  
an intellektueller Selbstbestimmung, das jeder Mensch unstands-  
los fordern darf, wahren zu können. Vor allem glaubte ich, daß  
das für einen Herrscher ja an sich selbstverständliche Wort vom  
4. August („Ich kenne keine Parteien mehr“) doch etwas mehr  
als ein Propagandamittel für dieses Volk bedeute; ich war fest  
davon überzeugt, daß der oberste Kriegsherr entschlossen sei, es  
wenigstens in „seiner Armee“ durchzuführen.

Proletariat die politische Macht in der Republik erlange. Wir gehen  
aber nicht den Weg des Terror, sondern den der demokrati-  
schen Revolution.

# Oesterreichisch-ungarische Auseinandersetzungen.

Budapest, 27. Dezember. Wie das ungar. Telegr.-Bureau  
meldet, erbat die ungarische Regierung von der  
deutsch-österreichischen Regierung eine Erklärung  
wegen einer heftigen Agitation, die von nationalistischen Ausortun-  
gen in der ungarischen Bevölkerung in West-Ungarn im Interesse der  
Vortrennung vom ungarischen Staate getrieben werde. Der Ver-  
treter der deutsch-österreichischen Regierung antwortete in einer  
Note, worin anerkannt wird, daß Waffenschmuggel getrieben  
worden sei, dessen Organisator jedoch ein Privatmann in Haupt-  
mannuniform, die er auch nach seiner Abführung beibehielt,  
gewesen sei. Nach Feststellung dieses Tatbestandes seien alle deutsch-  
österreichischen Grenzbehörden aufgefordert worden, sich vor dem  
betreffenden Hauptmann zu hüten, gegen den übrigens auch ein  
gerichtliches Verfahren sofort eingeleitet wurde. Obgleich die  
deutsch-österreichische Regierung, heißt es in der Note weiter,  
wegen dieser Sache keine Schuld treffen kann, bittet sie doch  
wegen derselben um Nachsicht seitens der Regierung der ungar-  
ischen Volksrepublik.

# Friedensangebot der Sowjet-Regierung.

London, 27. Dezember. Das Reutersche Bureau erzählt,  
daß die Bolschewistregierung nach Weihnachten wie-  
derum an die Regierungen der Alliierten mit einem Frieden-  
vorschlag herantreten ist. Die jetzigen Bedingungen unter-  
schieden sich jedoch in keiner Weise von denen, die Litwinow letzten  
Monat durch die norwegische Regierung angeboten hat. Die  
Vorschläge der Bolschewist wurden, da sie von einer Regierung  
kommen, die weder von den Alliierten anerkannt ist noch Ausland  
repräsentiert, nicht beantwortet. Die Lage bleibt infolge-  
dessen, was die allgemeine Haltung der Alliierten gegenüber  
Rußland betrifft, unverändert. Aber die Politik der Alliierten  
wurde keine Erklärung abgegeben, da über die ganzen Fragen  
gegenseitig Besprechungen im Gange sind.

# Polnische Nachrichten.

Der oberste polnische Bergarbeiterrat ist erneut im Aufbruch.  
Bei der heutigen Frühsschicht fehlten die Delegierten von Hedwig-  
Bunisch-Grube, Ludwig-Glück-Abwehrgrube, Castellengo-Grube  
und der Schlesiens Grube vollständig.

Der Bremer Soldatenrat hat gestern, nachdem am Dienstag  
die Arbeiterzeitung drei Tage verboten worden war, auch das Er-  
scheinen des Bremer Tagesblattes auf die Dauer von  
vier Tagen eingestellt.

# Bekanntmachungen.

Verordnung zur Sicherung der öffentlichen Versorgung  
bei den Krankenkassen.  
vom 28. Dezember 1918.

§ 1.  
Wo mit dem 31. Dezember 1918 aber im Laufe des Jahres  
1919 die zwischen Krankenkassen und Ärzten über die Behandlung  
der Krankenmitglieder geschlossenen Verträge ablaufen und keine  
Verlängerung über ihre Verlängerung oder den Abschluß neuer  
Verträge zustande kommt, gilt § 370 der Reichsversicherungs-  
ordnung nach Maßgabe der §§ 2 bis 5.

§ 2.  
Als Angebot „angemessener Bedingungen“ im Sinne des  
§ 370 der Reichsversicherungsordnung ist es anzusehen, wenn eine  
Kasse ihren Ärzten vorgelegt hat, die Tätigkeit für die Kasse  
ohne Unterbrechung vorläufig bis zum 31. Dezember 1919 unter  
den Bedingungen des alten Vertrages fortzusetzen. Vorbehaltlich  
jedoch eines Schiedspruchs über eine Wählung der ärztlichen Ge-  
schäfte für die Zeit vom Ablauf des alten Vertrages ab. Der Vor-  
schlag muß ferner dahin gerichtet gewesen sein, daß die Erhöhung  
im allgemeinen 20 vom Hundert, beim Vorliegen besonderer Ver-  
hältnisse aber nicht weniger als 10 vom Hundert und nicht mehr  
als 25% von Hundert der alten Höhe betragen darf, während bei  
Zufuhrkosten ohne Rücksicht auf diese Grenzen die gegenwärtigen  
ortsüblichen Preise berücksichtigt werden sollen. Ferner soll da-  
nach bei Bezahlung nach dem Mindestbetrage der ärztlichen Gebüh-  
renordnung eine Herabsetzung dieser Höhe, die seit dem Jahre  
1918 stattgefunden hat, auf die zu bewilligende Erhöhung ange-  
zogen werden.

§ 3.  
Für den Schiedspruch (§ 2) sollen die Schiedsämter zuständig  
sein, die auf Grund des Einigungsabkommens zwischen Kranken-

Mag sein, daß ich mich hierin auch nicht völlig geirrt habe;  
mag sein, daß der Kaiser sich bemüht hat, seinen August-  
Wortern Geltung zu verschaffen; wenigstens hat mir ein vertrauens-  
würdiger Offizier gesagt, er habe in meinen Ideen die kaiserliche  
Mandementierung gesehen: „Der Mann ist ein Idealist, man soll ihn  
gewähren lassen!“ — aber es war eine Realität zu glauben, die  
einmal aus Ruder gekommenen Soldaten würden sich auch nur  
im geringsten um Kaiserworte und Kaiserwillen kümmern.

Jedenfalls hätte ich nicht auf die klugen Warner und, weil  
ich der Meinung war (und bin), ein Arzt habe die doppelte Pflicht  
zu helfen, wenn so viel mehr Menschen leiden als in gewöhnlicher  
Zeit, so ließ ich mich nicht rekommieren, sondern schloß mit der  
Militärverwaltung einen sogenannten Zivilvertrag und trat als  
„vertraglich verpflichteter Zivilarzt“ in ihre Dienste; wie Zivil-  
ärzte — oder Regiments-Ärzte, wie uns der Soldaten-argon  
nach den Beschlüssen, die wir am Anfang trugen, gemeinhin  
nannte — hatten Offiziersrang, waren aber im Gegensatz zu den  
eigenen Militärsärzten keine echten Offiziere, hatten auch keine  
Weisungsbefugnisse über die Mannschaften und trugen zur Dokumentie-  
rung dieses Umstandes keine Abzeichen. Ich erwähne diese  
Kurzweiligkeiten so ausführlich, weil meine „zivil“ Stellung für  
die juristische Beurteilung meines Falles ausschlaggebend ist.

Ich wurde zu einem der Chefsärzte des neuerbauten Lazarets  
auf dem Tempelhofer Felde ernannt, und da mir drei sehr tüchtige  
und erfahrene Assistenten zur Verfügung standen (unter ihnen  
der bekannte Wagnerspezialist Dr. Fuh), so fand ich Zeit, meine  
Unverletzlichkeit nebenher auszuüben und hielt, wie stets, an  
der Ehre die Propädeutische Klinik, sowie einige Spezialkassen.

Kurzum, das ist schon seit einer Reihe von Jahren an der  
Universität ein fortwährendes Publikum für Hörer oder Zuhörer  
über die kulturelle Entwicklung der Menschheit vom naturwissen-  
schaftlichen Standpunkt. Zuerst hatte ich den Einfluß der Gehirn-  
entwicklung, später den Einfluß unserer gesamten Körperaus-  
bildung behandelt, war dann dazu übergegangen, die Bedeutung  
der Herischen Organe und der menschlichen Vererbung für die  
geistige Kultur zu schildern, und wußte nun eigentlich über die  
Einwirkungen des sozialen Zusammenlebens sprechen. Der Aus-  
bruch des Krieges gab mir jedoch Veranlassung, erst einmal die  
Bedeutung des Kampfes für unser Menschengeschlecht zu unter-  
suchen. Dieses Kolleg sollte im wesentlichen rein theoretisch die

lassen und Kergien vom 28. Dezember 1918 (das sogenannten  
Berliner Abkommens) errichtet worden sind.  
Wo ein Schiedsamt noch nicht errichtet ist, kann die Ent-  
scheidung einer Schiedsstelle vorbehalten werden, die aus dem  
Vorstand des Oberversicherungsamtes oder seinem Stellver-  
treter als Vorsitzenden und je zwei aus der Kasse und ihren  
Ärzten gemählten Beisitzern besteht.

§ 4.  
Die im § 370 der Reichsversicherungsordnung dem Oberver-  
sicherungsamt (Beschlußkammer) übertragenen Obliegenheiten  
nimmt in den Fällen des § 1 des Versicherungsamtes (Beschluß-  
auschuss) wahr. Gegen seinen Beschluß hat der Kassenvorstand die  
Beschwerde bei dem Oberversicherungsamt (Beschlußkammer).  
Dieses entscheidet endgültig.

§ 5.  
Das Reichsarbeitsamt bestimmt, wie die Durchschnittsbeträge  
des gesetzlichen Krankengeldes im Sinne des § 370 der Reichsver-  
sicherungsordnung zu ermitteln und wie weit dabei Mitglieder-  
schaften oder Lohnstufen mit einem 6 M. übersteigenden Grund-  
lohne zu berücksichtigen sind.

§ 6.  
Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit dem Tage  
der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1918.  
Der Rat der Volksbeauftragten  
gez. Hertl gez. Haase.  
Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes,  
gez. Bauer.

# Ausdehnung einer Unmehrfachverordnung.

In der Unmehrfachverordnung vom 8. Dezember war der Erlaß  
gewisser Strafen vorgesehen, falls sie bis zum 5. Dezember, dem  
Tage des Inkrafttretens der Verordnung, erlassen waren und  
binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten rechtskräftig wurden.  
Die Bestimmung sollte den Verurteilten, die gegen ihre Ver-  
urteilung ein Rechtsmittel eingelegt hatten, Gelegenheit bieten,  
durch dessen Zurücknahme die Rechtskraft des Urteils herbei-  
zuführen und sich dadurch die Wahrung der Unmehrfach zu sichern.  
Die Frist ist am 19. Dezember abgelaufen. Sie  
ist aber mit Rücksicht darauf, daß bei den jetzigen Verhältnisse-  
verhältnissen die Betroffenen vielfach nicht mehr rechtzeitig von der  
ihnen gebotenen Möglichkeit, die Rechtskraft des Urteils herbei-  
zuführen, haben Gebrauch machen können, durch eine Verordnung  
des Rats der Volksbeauftragten vom 21. Dezember 1918 bis  
zum 10. Januar 1919 verlängert worden.

# Aus der Partei.

## Wahlkämpfe in Pommern.

Stettin. In Stettin und der Provinz Pommern ist jetzt der  
Kampf der beiden sozialdemokratischen Parteien zu den  
Nationalparlamentwahlen erfolgt. Die Unabhängige Partei  
wird gesondert in den Wahlkampf ziehen, wie ihre am Donner-  
stag stattgefundene Provinzialkonferenz beschloß. In der voran-  
gegangenen Konferenz der Reichssozialisten hatten diese bereits  
für sich dasselbe beschlossen, und um die Unabhängigen möglichst  
sitzustellen, sogar verbundene Listen abgelegt. Welcher Geist  
dort herrschte, geht u. a. aus einer Keucherung Kagen-  
steins hervor. Der Bericht des „Volksboten“ meldete  
„Kagenstein-Berlin verbreitete sich über das be-  
schämende Verhalten der Unabhängigen in Berlin. Das  
sei eine Hölle- und Dämonenherrenschaft. Es ist  
möglich, daß sie versuchen, die Wahl unmöglich zu machen.“  
Nach ausführlichen Berichten der Gen. Horn und Voght  
wurde je eine Wahlliste für die deutsche und für die preussische  
Wahl aufgestellt. An der Spitze der ersten stehen der bisherige  
Abgeordnete für Stettin Voght-Berlin und Aug.  
Müller-Stettin, an der Spitze der preussischen Liste Aug.  
Horn-Stettin und Redakteur St. Heise-Stettin. Beide  
Listen enthalten ferner einige Frauen sowie leitende Genossen  
aus der Provinz.

# Mus aller Welt.

## Tumult in Dresden.

Am 27. Dezember zwischen 10 und 11 Uhr abends wurde in  
Dresden nach einem Telegramm der „Kölnischen Volkszeitung“ das Auto-  
mobilenrestaurant Hofplatz geplündert. Um 11 Uhr rückte der  
Sicherheitsdienst an und schob auf die Menge. Es  
gab zahlreiche Verwundete.

mit dem Darwinismus in Zusammenhang stehenden Fragen diskutieren.

Wie ich es jedoch im einzelnen genauer aufgearbeitet habe,  
trat ein Ereignis ein, das für den Charakter dieser Vorlesung be-  
merkenswert werden sollte. Schon durch meinen gemeinsamen mit Prof.  
W. Foerster, Prof. Einstein und Dr. Buer ausgesprochenen Protest  
gegen den bekannten Oktoberaufmarsch deutscher Gelehrter, hatte ich  
mir den Born der leitenden Kreise zugezogen. Raum hatte ich  
nun mein Kolleg angezogen, über dessen Tendenz man sich noch der  
Tendenz des Protesies von überhört klar sein konnte, als ich  
(übrigens als der erste und wie ich glaube auch bis heute noch als  
der einzige der Chefsärzte meines Lazarets) — ganz un erwartet  
aus meiner leitenden Stellung heraus als Assistenzarzt an das  
Seuchenlazarett in der Köpenicker Heilung Graudenz berufen wurde.  
Trotzdem ein solcher Grund für die Disqualifikation aus meiner  
Stellung nicht vor; es müßten unethische Gründe gewesen sein,  
wenn ich ja, als Chefspezialist, von Seuchen herzlich wenig —  
eigentlich sogar gar nichts verstand. Da ich also in Graudenz  
höchstens das leisten konnte, was jeder Student auch hätte leisten  
können, so war meine Verweisung vom sachlichen Standpunkt aus  
zum mindesten eine Kränkung. Trotzdem ich jedoch ein-  
leuchtend auf diesen Mangel hinwies, fürchte die Militärver-  
waltung gegenüber den schlechten Einfluß meines Kollegs in so  
hohem Maße, daß sie lieber eine an sich nutzlos Kolleg brachte  
lassen wollte, als daß sie ihre erlaubt hätte, ihre Meinung in dem  
Kreise, auf den sie ihre berufliche Stellung hinwies, auszusprechen.  
Allerdings wollte dies niemand wahr haben. Man sprach von  
einem unglücklichen Zusammentreffen gewisser bodenständiger Um-  
stände — von gewissen unferer alten Kenntnis entzerrten dienst-  
lichen Gründen. Auch im Kulturministerium war man dieser  
Ansicht, daß, diese dienstlichen Gründe, aber die niemand Wissen-  
schaft zu geben braucht — Sie sind eine segensreiche und höchst  
brauchbare Einrichtung. Man kann mit ihnen alles entschuldigen;  
das Militär hat sie immer gehabt, und ich habe sie in der Folge  
nur zu oft kennen gelernt. Nur der eine, wohl fünfundsiebzigjährige  
schlachtere Generalarzt des Sanitätskorps sagte mir ganz offen —  
vielleicht nur zu offen — wenn ich keine Kriegskolleg sein wollte,  
sollte ich in Berlin bleiben; wenn ich aber ein solches Versprechen  
nicht geben wollte, müßte ich nach Graudenz.

# Groß-Berlin.

## Auf die Posten!

An die Berliner Delegierten ergeht der Ruf, die kurze bis zum 19. Januar gegebene Zeit auszunutzen zur kräftigen Propaganda für die sozialistischen Ideale. Zu diesem Zwecke wird das erste Flugblatt unserer Partei am morgigen Sonntag vormittag in Berlin von Tür zu Tür verbreitet. Wir rechnen darauf, daß alle Genossen und Genossinnen auf dem Posten sind und kräftig Hand anlegen. Keiner darf fehlen! Keine Wohnung darf unbelegt bleiben! Gleichzeitig weisen wir auf die Mittag 1 Uhr stattfindende Verhandlung der am Heiligabend erschossenen Matrosen, der Opfer der Ebert-Schreibemann-Landsberg-Wels hin. Regere Beteiligung wird als selbstverständlich vorausgesetzt.

## Die revolutionären Obleute gegen den „Vorwärts“.

Die „Akte Fagan“ bringt folgenden Bericht über eine Versammlung der Arbeiterräte der U. S. V. und der revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins, die am Freitag im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses tagte:

In den Vorstand wurden gewählt die Genossen Kalsch, Zieska, Schmidt, Keumann und Kowalski. Genosse Baumig hielt einen Vortrag über die politische Lage, in dem er Richtlinien für den Ausbau des Rätesystems gab. In der Diskussion wurde unter anderem in scharfer Weise gegen die provokatorische Schreibweise der „Vorwärts“-Redaktion protestiert, insbesondere erhob ein bisheriges Mitglied der Mehrheitspartei heftige Anklagen gegen die infamen Verleumdungen durch den „Vorwärts“. Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Arbeiterräte der U. S. V. und der revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Groß-Berlins begehrt den Aufruf: Massen heraus, in der Abendnummer des „Vorwärts“ vom 27. Dezember als eine erneute infame Verleumdung einer bestimmten Richtung in der revolutionären Arbeiterbewegung und eine unerhörte Provokation der revolutionären Arbeiterkraft. Der Aufruf enthält einen schamlosen Versuch der Erklärung, die die „Vorwärts“-Redaktion gegenüber den revolutionären Obleuten abgegeben hat, wonach sie versichert, sich überzeugt zu haben, daß die Besetzung des „Vorwärts“-Gebäudes weiter von den revolutionären Obleuten noch vom Spartakusbunde verlangt worden sei. Die Versammlung protestiert gegen diese unethische Handlungsmethode der „Vorwärts“-Redaktion und fordert die Arbeiterkraft auf, in den Betrieben in scharfster Weise dagegen Stellung zu nehmen.“

Beschlossen wurde noch die Herausgabe eines Mitteilungsblattes für die Arbeiterräte, die Erhebung eines wöchentlichen Beitrages von 10 Pfennig für Propagandazwecke, die Aufforderung an den Volkswacht, für die Verjüngung der Hinterbliebenen der Revolutionen durch die Kommunisten zu sorgen, die Einleitung einer Untersuchungskommission, um die Schuldigen an den Blutopfern des 24. Dezember festzustellen, und ein energisches Vorgehen gegen die anonymen Schlagschriften.

## Am den „Vorwärts“.

Die Besetzung des „Vorwärts“ ruft Erinnerungen nach aus der Zeit des Kampfes um das Berliner Arbeiterrecht graublaue Wälder. Bemerkenswert dürfte sein, daß vor zwei Jahren, als die damaligen Redakteure hinausgeworfen wurden, sich ein Prozeß anschloß. Es sollte das Eigentumsrecht der Berliner Genossen gerichtlich festgestellt und geehrt werden, wie unsere Genossen gepreßt wurden und wie von Fischer und Kompagnie gegen Kreuz und Schrauben gehandelt wurde. Das Landgericht ließ sich von dem juristischen Vertreter des Parteivorstandes, Herrn Rechtsanwalt Heinemann, durch Hinweits auf die vaterländische Haltung der Regierungsozialisten und durch die das „Vaterland“ schädigende Haltung unserer Genossen als Gegner der Kriegskredite beeinflussen, die Klage unserer Genossen abzuweisen. Das Gericht lehnte sogar den Klageanspruch der Redakteure wegen Gehaltszahlung ab, obwohl nach dem reinen Angestelltenrecht die Redakteure bis zum 31. März ihr Gehalt zu fordern hatten. Die Klage ging an das Kammergericht, wurde aber nach verschiedenen Richtungen hin eingeschränkt. Die früheren „Vorwärts“-Redakteure hatten die Erklärung abgegeben, daß sie es ablehnen, in die Re-

vision wieder eingetreten. Wie nach einigen anderen Punkten in der Hauptsache die Verleumdung der Gehaltsansprüche übrig. Ein vom Kammergericht im Januar dieses Jahres angefertigter Terminverfall der Verleumdung. Der „Vorwärts“ teilte mit, daß die Verleumdung auf Antrag des gegnerischen Anwalts bis nach Kriegsende vertagt worden sei. Diese Mitteilung war falsch. Termin war schon vor Kriegsende auf den 17. Dezember festgesetzt. Da die Redakteure keinerlei Interesse an dem Fortgang der Klage nahmen, wenn ihre Ansprüche befriedigt würden, machte vor dem Termin der Anwalt der Kläger den Vorschlag, die Beklagte zahle den Klägern das restierende Gehalt für Februar und März 1917, gab ferner die bei Kriegsausbruch gemachten Gehaltsabzüge zurück und übernimmt die Kosten des Prozesses. Soweit uns bekannt, hat der Rechtsanwalt des Parteivorstandes, Herr Heinemann, es nicht für nötig erachtet, diese Vorschläge seinen Auftraggebern zu unterbreiten, und so mußte das Kammergericht entscheiden. Es hat dahin entschieden, daß das Urteil des Landgerichts dahin abgeändert werde, daß der Klageanspruch bis zum 10. März 1917 dem Grunde nach für berechtigt erklärt wird und daß die Sache zur Feststellung über die Höhe des Betrages und über die Kosten an das Landgericht zurückverwiesen wird. Zwei Jahre schwebt der Prozeß und ist noch nicht zu Ende. Immerhin aber haben heute schon die Redakteure, denn auch teilweise, Recht bekommen. Es wird noch einige Zeit dauern, ehe das Landgericht erneut Termin ansetzt. Es ist interessant festzustellen, wie der Parteivorstand mit seinem Rechtsanwalt Entlassene behandelt.

## Das Schicksal der Schlösser.

Die Öffentlichkeit hat sich bereits wiederholt mit dem Schicksal der ehemals königlichen Schlösser beschäftigt, deren Verwaltung infolge der Beschlagnahme der Kronigüter und des königlichen Vermögens auf das preussische Finanzministerium übergegangen ist.

Ein Ueberblick über die augenblickliche Verwendung der Berliner Schlösser wird die bei der Verwaltung maßgebenden Ideen dartun.

Das alte Schloß wird vorläufig als Ganzes erhalten, später sollen einzelne Teile zu verschiedenen Zwecken benutzt werden. Der Marksaal, welcher augenblicklich als Quartier für eine Patroloabteilung dient, wird auch die Reichsstelle für Verwertung von freierwerbendem Vermögen aufnehmen. Das Kronprinzliche Palais unter den Linden ist, soweit zugänglich, mit Truppen belegt; ebenso das benachbarte Prinzeßinnen-Palais Das Schloß Wilhelm des Ersten steht unter dem Schutz des Volksgewaltens; das daran grenzende sogenannte Niederländische Haus dient noch Verwaltungszwecken. In dem früheren Palais Prinz August Wilhelm in der Jägerstraße haben die Zentralstelle für Kriegswesen und Zivilgefangene, der Ausschuss zur Vorbereitung einer Arbeiterkammer, der Ausschuss zur Vorbereitung einer Reichsstelle für Gesundheitswesen und andere Bureau's Obdach gefunden. Das Palais Ede Wilhelmsplatz und Wilhelmstraße (Prinz Friedrich Leopold) beherbergt augenblicklich die Generalinspektur des Reiches und wird voraussichtlich auch die Abwicklung der Zivilverwaltung für die Reichlichen Lande aufnehmen. Im Palais Prinz Albrecht finden einige Abteilungen des Kriegsministeriums Unterkunft. Das Schloß Ronhof soll vorläufig als Museum erhalten bleiben.

Bellevue ist mit militärischen Büros besetzt; das Schloß in Charlottenburg ist als orthodoxes Zentral-Bureau für den Bereich des Gardekorps eingerichtet.

Die Schlösser in der Provinz werden in ähnlicher Weise benutzt.

## Neujahrsbriefverkehr.

Beim Herannahen des Jahreswechsels ist wiederum darauf aufmerksam zu machen, daß es sich dringend empfiehlt, die Freimarken für Neujahrsbriefe nicht erst am 31. Dezember, sondern schon früher zu kaufen, damit sich der Schalterverkehr an dem genannten Tage ordnungsmäßig abwickeln kann. Auch ist es bei den gegenwärtigen schwierigen Verkehrsverhältnissen von Wichtigkeit, daß die Neujahrsbriefe frühzeitig ausgeliefert werden, und daß nicht nur auf den Briefen nach Großstädten, sondern auch auf Briefen nach Mittelstädten die Wohnung des Empfängers angegeben werde. Für Berlin ist außerdem die Angabe des Postbezirks (O., N., S., W. usw.) und des Postfachnummers dringend erwünscht. Postbezeichnungen der Straßen und Plätze Berlins mit Angabe des Postbezirks und der Postfachnummern werden an allen Posthöfen sowie von den Orts- und Landbriefträgern zum Preise von 5 Pf. verkauft.

Soldatenräte der Berliner Garnison. Sendet zur Sitzung am 2. Januar 1919 (Georgenkirchstr. 11, Schulsaal) abends 7 Uhr einen Vertreter zur Besprechung über die Wahlvorbereitung der

Wahlvereine der U. S. V.

Sämtliche Delekture Berlins werden aufgefordert, soweit sie noch nicht im Besitz ordnungsgemäßer Entlassungspapiere sind, sich im Abgeordnetenhause, Prinz-Albrechtstraße, Zimmer Nr. 19, in der Zeit von vormittags 10 bis nachmittags 2 Uhr zu melden. — Zweck der Meldung soll ferner sein, in allen Fragen Rat und Hilfe zu erteilen.

Ein Erfolg der „Freien Jugend“. In dem Betrieb von Orenstein u. Koppel in Spandau fand kürzlich eine Betriebsversammlung der Jugendlichen statt mit dem Erfolge, daß sämtliche Lehrlinge der „Freien Jugend“ beitraten. In einer neuen Versammlung stellte die Jugend ihre Forderungen auf, besonders wurde auf die Befreiung des Zuchtungsrechts gedrängt. Gen. Paschewicz sorgte dafür, daß die Meister, die sich besonders durch Mißhandlungen der Jugend hervortaten, an den Pranger gestellt wurden. Nun stellen sich 1200 Arbeiter des Betriebes hinter die Jugend. Der Erfolg war, daß ein besonders belasteter Meister sofort entlassen und das Zuchtungsrecht für alle Meister und sonstigen Vorgesetzten aufgehoben wurde. Beschwerden über die Jugend werden durch die Arbeiter erledigt. Auch in der Lohnfrage hatte die Jugend einen großen Erfolg. Es werden jetzt gezahlt im ersten Lehrjahre 20 M., im zweiten 30 M., im dritten Lehrjahre 50 M. Wochenlohn. In ähnlicher Weise könnte die Jugend durch Unterstützung der Erwachsenen auch in anderen Betrieben zu ihrem Rechte kommen.

Arbeiter-Samariter-Bund (Kolonne Groß-Berlin). Sämtliche Samaritergenossen haben sich am Sonntag, den 20. d. M., vormittags 10 Uhr in der Woche des Brandenburgischen Landes zu melden zur weiteren Verteilung bei der Verdrückung der Revolutionen. Die Samariter, welche zum Zeit bestimmt waren, erscheinen früh 8 Uhr Kommandantenstraße 16.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne „Königsplatz-Reinickendorf“ veranstaltet einen Kursus zur Ausbildung in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen für Männer und Frauen jeden Standes. Der Kursus beginnt am 9. Januar 7 1/2 Uhr abends in der ersten Gemeindefabrik in Reinickendorf (beim Rathaus). Personen, die als Samariter bereits ausgebildet sind, können der Kolonne sofort als Mitglieder beitreten. Lehrpläne und weitere Auskunft gibt Oscar Wenzel, Berlin-Königsplatz, Prinz-Georg-Str. 16. Anträge um Genehmigung von Samaritern werden an dieselbe Adresse erbeten.

## Aus den Organisationen.

### Niederbarnim.

Die Flugblattabholung der einzelnen Orte erfolgt heute, Sonnabend, abends von 8 Uhr ab, im Kreisbureau, Neue Bahnstraße 21.

Fünfter Kreis. Der Wahlverein für den fünften Berliner Reichstagswahlkreis hielt am Freitag in der Aula des Realgymnasiums in der Weinmeisterstraße eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich mit der Nationalversammlung und der preussischen Konstituante beschäftigte. Genosse Weise hielt das einleitende Referat. Er legte die Stellung der Partei zur Nationalversammlung dar, behandelte die gegenwärtige politische Lage und gab Bericht von der Vorstandskonferenz der Berliner Wahlvereine, die sich mit der Aufstellung der Kandidaten beschäftigt hatte. Wegen die dort aufgestellte Liste sei Protest eingeleitet worden von Genossen, die den Genossen Haase an erster Stelle auf der Liste haben möchten. In der anschließenden Diskussion wurde von den Rednern behauptet, daß unsere Partei weder nach rechts noch nach links scharf abgegrenzt sei, und daß es ihr an einem klaren Programm fehle. Genosse Wehl verlangte, daß bei der Aufstellung der Kandidaten die einzelnen Kreise mehr berücksichtigt werden. Genosse Heinrich warnte vor einer Spaltung innerhalb der Partei. Genosse Denzel erhob gegen die Parteileitung und die „Freiheit“ den Vorwurf, daß sie am 23. und 24. Dezember nicht auf dem Posten gewesen sei. — Ein Redner trat dafür ein, daß Genosse Haase an die erste Stelle der Kandidatenliste gesetzt werde. Auf Antrag des Genossen Weise wurde gegen wenige Stimmen eine Resolution angenommen, die scharfsten Protest erhebt gegen das Vorgehen der Parteileitung und die „Freiheit“ aus dem Lager der Scheidemannpartei am 23. und 24. Dezember, das ein Unbehagen herbeiführte, was selbst unter dem Regime der alten reaktionären Zeit nicht zu verzeichnen war.“ Die Versammlung fordere den unverzüglichen Austritt unserer Vertreter aus der jetzigen Regierung, um freies Feld für einen unentwegten Kampf gegen eine Partei zu gewinnen, die sich zu Unrecht sozialistisch nennt. Für die preussische Konstituante wurden als Kandidaten die Genossen Weise, Wehl, Beder und Genossin Wehl in Vorschlag gebracht. Mit der von der Vorstandskonferenz der Berliner Wahlvereine vorgenommenen Regelung der Kandidatenfrage zur Nationalversammlung erklärte sich die Versammlung einverstanden.

**NEUJAHRSWÜNSCHE**  
für den  
**INSERATENTEIL**  
der „Freiheit“ erbitten wir bis  
**Montag abend.**

## U. S. V. Neutölln.

Sonntag, den 29. Dezember, vormittags 9 Uhr, von den Bezirkslokalen aus  
**Flugblattverbreitung.**  
Vormittags 10 Uhr ebenda  
**Bezirksversammlungen.**

**Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung.**  
Die geraden Bezirke wählen einen Delegierten, die ungeraden Bezirke zwei Delegierte.  
Die Mandate sind am Montag im Büro in Empfang zu nehmen.  
Nach der Versammlung begeben sich die Bezirke geschlossen nach der Siegesallee zur Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten.

## Wahlverein Brieg-Budow U. S. V. D. Heute

Sonabend den 28. Dezember 1918,  
8 Uhr abends  
**Herzog. Mitglieder-Versammlung**  
bei Westphal, Budower Straße.  
Zugordnung:  
1. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung.  
2. Öffentliche Kräfteversammlung.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

## Hygiene der Ehe

Neu erschien in 30. Auflage:  
**Hygiene der Ehe**  
Arztlicher Führer für Braut- und Eheleute  
von **Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.**  
Aus 4. Inhalt: Ueber die Frauenorgane. Körperliche Eignunglichkeit u. Utauglichkeit. Gebär- u. Stillfähigkeit. Frauen, die nicht heiraten sollten etc. — Katastrophal u. Assozialvergangen vor der Ehe. Eheliche Pflichten. Keuschheit od. Polyzamie? Kindererziehung der Liebe etc. — Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung u. Ausheilung der weiblichen Leiden der Ehefrau. Entstehung und Heilung der weiblichen Geschlechtsleiden. Folgen der Kinderlosigkeit. Ursachen spätem Heiraten der Frau. — Neurotische und Ektasytische Anfälle u. s. w. Bezug gegen Einnahme von M. J. oder Nahrung durch Medizin. Verlag Schwabe & Co., Abt. 24, Berlin NW 87 Elyse v. Republikstr. 3.  
**Bezirk Weihensee**  
Am Sonntag, den 29., vormittags 10 Uhr.  
treffer für die Bezirksversammlungen der U. S. V. am Sonntag.  
Die Bezirksleitung.

## Der Sozialist

über  
Sozialistische Auslandspolitik  
Unabhängige sozialdemokratische  
Wochenzeitschrift  
Herausgeber Dr. H. Weillrich.  
Erscheint einmal wöchentlich am Donnerstag.  
Preis für die Einzelnummern 30 Pfennig,  
bei allen Händlern der „Freiheit“ zu haben.  
Abonnementpreis für Dezember 1.25 Mark, vom 1. Januar 1919  
an für das Quartal in Deutschland 5 Mark, im Ausland 6 Mark.

## 5. Berliner Wahlkreis (U. S. V.)

Sonntag, den 29. Dezember, vorm. 10 Uhr  
**2 große öffentliche Versammlungen**  
An'ous-Festhalle, Greifswalder Str. 222,  
Realty-nasium, Weinmeisterstr. 15.  
Refer.: Volkskommissar Dr. G. Wehl.  
ParteiSekretär: Herm. Weise.  
Der Vorstand.